

Haushaltsrede von Sonja Gottlieb

Fraktionsvorsitzende „Die LINKE“ Stadtrat Idar-Oberstein 10. 03 2015

Sehr geehrter Oberbürgermeister, Herr Beigeordneter, meine Damen und Herren Stadträte, sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn man, wie ich, neu in den Stadtrat gewählt wird, hat man noch die naive Vorstellung etwas Positives beitragen zu können, dass es aufwärts geht und die Wünsche der Bürger/innen verstärkt eingebracht werden können. Doch nach einigen Stadtrats- und Ausschusssitzungen landet man auf dem Boden der Tatsachen.

Mit den rigorosen Streichungen bei Sozialem, Bildung, Kultur, Jugend und Sport, bleiben einem Verbesserungsvorschläge, die nunmal meist mit Kosten verbunden sind, im Halse stecken.

Kommunale Leistungen werden nur noch nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gesehen.

Immer mit dem ängstlichen Blick zur ADD als Genehmigungsbehörde. **Die Stadt wird kaputtgespart und kommt trotzdem nicht aus der Schuldenfalle, in die sie hauptsächlich durch Land und Bund mittels Entschuldungsfonds getrieben wurde.** Die Forderung der ADD im neuen Haushalt, mindestens 600 Tausend Euro einzusparen, ist mehr als zynisch. Denn gerade die ADD war es, die den Kreistag dazu erpresst hat, die Kreisumlage erneut zu erhöhen. Die Stadt hat allein durch diese Forderung Mehraufwendungen von über 1 Million Euro.

Aber: es wurden auch viele eigene Fehler in dieser Stadt gemacht, die zu der heutigen Misere geführt haben: **Die einseitige Ausrichtung als Militärstandort hat eine zivile regionale Entwicklung behindert, dadurch fehlen attraktive Arbeitsplätze. Zudem hat der Ausbau Idar-Obersteins als autogerechte Stadt mit fünf Parkhäusern eine Menge Geld verschlungen und z. B. bei der Fußgängerzone Idar wurde über die Köpfe der Betroffenen entschieden.** Die Folgen sehen wir heute.

Natürlich haben wir als Stadt die Pflicht den Haushaltsplan jährlich auszugleichen und unserer Verpflichtung an den Verträgen nachzukommen. Aber, dass Entscheidungen die lang und breit im Stadtrat debattiert wurden, mit einem Wisch von der ADD vom Tisch gefegt werden, lässt einen zweifeln, ob die Zeit nicht verschwendet war, über das Für und Wider zu reden.

Letztlich wird mit der starken Position der ADD als Aufsichtsbehörde die Demokratie ausgehebelt und kommunale Handlungsmöglichkeiten beschnitten.

Die ADD zwingt die Stadt zu Entscheidungen, die längerfristig betrachtet, wie ein Bummerang auf die Stadtfinanzen zurückkommen werden.

Ein paar Beispiele:

Verzicht auf Schulsozialarbeit, die, wenn in den Schulen vernachlässigt, zu höheren Aufwendungen bei der Jugendhilfe führen wird. **Die Linke ist keineswegs der Meinung, dass Schulsozialarbeit eine freiwillige Leistung der Kommunen ist,** die nach Gutdünken oder Kassenlage eingeschränkt oder gestrichen werden kann. Schulsozialarbeit muss weitergeführt und sogar ausgebaut werden, deshalb sind auch die im Haushaltsplan genannten zusätzlichen Stellen im Bereich des Jugendamtes zu begrüßen.

Oder die Erhöhung der Grundsteuer B, obwohl die Haushalte zum großen Teil voll am Limit sind, die Mieten sich erhöhen werden und die Kaufkraft demzufolge immer mehr nachlässt. Es gibt Stadträte, die nur müde lächeln über ein paar Euro mehr Belastung im

Jahr. Anderen tut jeder zusätzliche Euro, mit dem sie mehr ins Minus gehen, richtig weh. Jeder fünfte Einwohner Deutschlands ist von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen.

Gerade in Idar-Oberstein haben wir viele Betroffene, die mit weit weniger als 1000,- € im Monat auskommen müssen. Von diesen Menschen können viele ihre Miete nicht rechtzeitig zahlen, sie sparen beim Heizen, und drehen jeden Euro beim Einkaufen zweimal um.

Ich bin nicht sicher, ob jeder der Stadtratsmitglieder und unsere recht gut verdienenden Stadtoberen die eigentliche Dimension sehen, bei einer Entscheidung um ein paar „läppische Euro“ mehr, nicht nur bei der Grundsteuer B.

Oder, wenn wir manche Entscheidungen des Stadtrats sehen, die sich unnötig über Jahre hinziehen, mit vielen Machbarkeitsstudien, und Analysen, um dann im Endeffekt gar nicht umgesetzt zu werden. Siehe z.B. Kombibad...

Mit der Entscheidung für die Hallenbadsanierung geht die Schließung der Schulschwimmbäder einher, was nicht nur ein Schülerbeförderungproblem nach sich ziehen wird. Das die Kapazität des Bades für den Schul- und Vereinsbedarf nicht ausreichen wird, ist sowieso klar. Die landesweiten Zahlen, dass mittlerweile rund die Hälfte der Grundschüler als keine sicheren Schwimmer mehr gelten, sollten als Alarmzeichen angesehen werden.

Machbarkeitsstudien bezogen auf zukünftige Nutzungsmöglichkeiten der ehemaligen amerikanischen Liegenschaften **werden sich ebenfalls als zwecklos und zum Fenster rausgeschmissen erweisen, wenn man nicht konsequent von der Bundeswehr die Einstellung der Schießanlage in Wohngebietsnähe fordert.** Man kann nicht einerseits auf Tourismus setzen wollen und andererseits Schieß- oder Fluglärm als notwendiges Übel hinnehmen. Wer macht denn freiwillig Ferien, wo er irgendwelchen Lärmbelästigungen ausgesetzt ist, ganz abgesehen von den Anwohnern, die auch lieber in Ruhe leben würden.

Wer - wie DIE LINKE - die Lebensqualität erhöhen möchte und auf demokratische Entwicklung und Nachhaltigkeit achtet, sollte an einem ÖPNV-Ausbau interessiert sein. Wir fordern an der Nahstrecke Bahnhaltepunkte in den Bereichen Enzweiler/Hammerstein, Nahbollenbach/Gewerbepark und Weierbach/Globus ebenso wie im Abendverkehr zumindest in den Nächten von Freitag auf Samstag und auf Sonntag Spätbusse statt Ruftaxen. **Die Stadt sollte auch ein Interesse daran haben, die Firmen im Gewerbegebiet „Am Kreuz“, in denen zum Teil rund um die Uhr gearbeitet wird (Schichtarbeit) besser an den ÖPNV anzubinden.** Wir schlagen vor, sich in Mainz nach Fördermöglichkeiten zu erkundigen.

Ein anderes Thema, die **Erhöhung der Saalmieten** z.T. um das Dreifache hatte zur Folge, dass viele Veranstaltungen von den kleiner werdenden Vereinen und Kultureinrichtungen kaum noch gestemmt werden können. Mit erhöhten Eintrittsgeldern, und Mitgliedsbeiträgen von immer weniger Vereinsmitgliedern, kann diese Mehrbelastung nicht aufgefangen werden.

All diese **Einsparmaßnahmen, die** letztendlich zu **einem Verlust an Lebensqualität in dieser Stadt führen,** schlagen zurück mit dem Ergebnis der Abwanderung. Die zurückgehende Bevölkerungszahl belegt das.

Lebensqualität beinhaltet: Reguläre Arbeitsplätze, Bedarfsorientierte Kitas und Schulen, Hilfe für Existenzgründer/innen, damit in der Stadt auch produziert werden kann. Gute Freizeitangebote, wohnungsnaher Einkaufsmöglichkeiten und ganz wichtig kulturelle Vielfalt, mit mehr Unterstützung der Vereine und Künstler/innen.

Das Kulturangebot in unserer Stadt, ist zur Zeit noch ein Aushängeschild und Werbung für Idar-Oberstein. Noch leuchtet Idar-Oberstein als Veranstaltungsort und das sollte auch

unbedingt so bleiben, wenn schon sonst nicht mehr viel leuchtet. Trotzdem merkt man auch in diesem Bereich, und davon können die heimischen kulturschaffenden Menschen ein Lied singen, wie durch die Sparzwänge kaum noch Möglichkeiten gegeben sind, sich dem öffentlichen Publikum zu präsentieren und damit seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Ich nenne hier die Stichworte: Förderung von Kleinkunsttheater, oder z. B. der Kammermusik.

Für die Stadt wäre es schon lange an der Zeit, sich mit anderen rheinland-pfälzischen Kommunen, die ja in der gleichen Situation sind, parteiübergreifend zusammenzuschließen. Das hat die Linke schon öfter vorgeschlagen. Selbst, wenn wir alle freiwilligen Leistungen streichen würden, wäre der Haushalt nicht ausgeglichen.

Der Liquiditätskreditbedarf liegt 2015 bei knapp über 9 Millionen Euro und insgesamt steigen die Liquiditätskredite der Stadt bis Ende des Jahres auf 83 Millionen Euro. Vom Kommunalen Entschuldungsfond, an dem die Stadt ja seit Mai 2012 teilnimmt, ist keine Rettung zu erwarten. **Der KEF hat von 2012 bis 2013 zur Tilgung von 378 Millionen Euro Altschulden geführt. Im gleichen Zeitraum wurden von allen teilnehmenden Kommunen jedoch 829 Millionen neue Kredite angehäuft** (Laut Aussage von Landrat DR. Schneider in seiner Haushaltrede Dez. 2014).

Wichtig ist es uns als LINKE auch, darauf hinzuweisen, wer denn in Mainz, Berlin und Brüssel im Parlament oder auf Bundesparteitagen Beschlüsse abnickt, die den Kommunen die finanziellen Grundlagen und damit Handlungsspielräume nimmt. Es sind doch die Abgeordneten und Delegierten aus den hier vertretenen Parteien. Es liegt also auch in der Hand von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, was "dort oben" entschieden wird. Es sind Ihre Parteifreunde und Delegierten!!!

Stadtratsarbeit macht unter den genannten Bedingungen wenig Freude und zwingt mich, wenn ich auch das Bemühen der Verwaltung anerkenne, dem Haushalt meine Zustimmung nicht zu geben. Die LINKE möchte ein Zeichen setzen, dass es so nicht weitergehen darf.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.